



Nr. 157 / 29. Juli 2016

Beihilfe: Bürgerbeauftragte fordert bessere Erreichbarkeit des DLZP

Der Fachbereich Beihilfe des Dienstleistungszentrums für Personal (DLZP) ist nach Einschätzung der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, zu schwer erreichbar. „Im laufenden Jahr hat sich die Zahl der Anfragen bei der Bürgerbeauftragten zum Thema Beihilfe gegenüber dem Vorjahreszeitraum verfünffacht“, betonte die Bürgerbeauftragte heute in Kiel.

In den meisten Fällen gebe es gar keine rechtlichen Probleme, so El Samadoni. Vielmehr wendeten sich Hilfesuchende nur deshalb an die Bürgerbeauftragte, weil es ihnen nicht gelungen sei, ihre Fragen direkt mit dem Fachbereich Beihilfe im DLZP zu klären.

„Die angespannte Personalsituation im DLZP und die Bemühungen um kürzere Bearbeitungszeiten der Anträge sind mir bekannt“, sagte El Samadoni. Die bislang von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen seien daher zu begrüßen. „Dennoch muss auch eine Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anliegen der Betroffenen gewährleistet sein“, so die Bürgerbeauftragte.

Eine bürgerfreundliche Verwaltung setze immer die Möglichkeit zum Dialog voraus, unterstrich El Samadoni. „Das ist nur möglich, wenn Behörden für Fragen erreichbar sind und diese transparent und verständlich beantworten.“